Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Roeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 177.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 11. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 10. März. Der König hat dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Karl Friedrich Wilhelm Raffel, bei seinem bevorstehenden Dienstausscheiden den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rathes erster Klasse verliehen.

Der König hat den Ober-Regierungs-Rath v. Tieschowitz zu Köln zum Ober-Präsidialrath, und die als Mitglieder der Provinzial-Steuer-Direktionen angestellten Regierungs-Assessoren Hildebrandt in Magdeburg und Rodatz in Köln, sowie die Regierungs-Assessoren, Ober-Zoll-Inspektoren Koreuber in Vreden, Richter in Leer und Kähler in Kleve zu Regierungs-Räthen ernannt; ferner dem ordentlichen Professor Dr. Conrad in Halle den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen.

Der bisherige Kalkulator in der Kontrole der Staatspapiere, Tegge, ist zum Ober-Buchhalter in der Staatsschulden-Tilgungskasse, der bisherige Geheime expedirende Sekretär und Kalkulator Rammow zum Kalkulator in der Kontrole der Staatspapiere, und der bisherige Kassen-Sekretär Siebert zum Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator ernannt worden.

Der Ober-Präsidial-Rath v. Tieschowitz ist dem Ober-Präsidenten der Provinz Hannover zugetheilt worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 10. März, 12 Uhr.

Die zweite Berathung des Etats der Bauverwaltung wird fortgesetzt bei Kap. 64.

Bei Titel 2 „Bauinspektoren und Landmesser" plädirt

Abg. Döring (kons.) dafür, eine größere Anzahl von Baumeistern definitiv als Bauinspektoren anzustellen.

Geheimrath Schulz erwidert, daß eine Vermehrung der Bauinspektorstellen auf 50 mit der Vermehrung der Bauthätigkeit bereits eingetreten sei, daß aber die Regierung erwägen werde, ob es nothwendig und unbedenklich sei, noch weitere Bauinspektorstellen einzurichten.

Abg. Sombart (nl.) befürwortet eine Gehaltserhöhung der Landmesser und der technischen Sekretäre, wie das frühere Einrücken der Regierungsbaumeister in die Pensionsberechtigung, das jetzt erst mit 40 Jahren, also sehr spät erfolge.

Geheimrath Schulz erklärt, daß die Gehälter der Landmesser und technischen Sekretäre bei der in Aussicht genommenen allgemeinen Gehaltsaufbesserung erhöht werden sollen.

Abg. Berger (wildlib.) regt an, Bausekretäre zur Unterstützung der Kreisbauinspektoren staatlich anzustellen, und befürwortet, den Bauinspektoren, die bei einer Regierung als technische Hilfsarbeiter beschäftigt sind, ein selbständiges Dezernat zu geben, ähnlich, wie es die jüngeren Regierungs-Assessoren bekämen. Im Ganzen empfehle es sich, das gesammte Bauwesen selbständig zu stellen mit einem Oberbaurath an der Spitze, ähnlich wie die Forstverwaltung unter einem Oberforstrath.

Geheimrath Schulz bemerkt, daß die Regierung auf die angeregten Punkte ihr Augenmerk schon gerichtet habe.

Abg. Cramer (wildl.) führt Klage über Beschädigung der Feldfluren durch das Wasser des Oder-Spreekanals und wünscht Beschleunigung der dortigen Drainagearbeiten. Redner erklärt bezüglich des Petitionsrechtes der Beamten, daß er dies vollständig gewahrt wissen wolle.

Geheimrath Wiebe sagt Abhilfe zu, sobald eine Schädigung der Interessen nachgewiesen sei.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 16 „Unterhaltung der Binnenhäfen bittet

Abg. v. Jagow (k.) Anlagestellen, welche in Folge von Flußkorrektionen versandet sind, aus fiskalischen Mitteln wiederherzustellen. Die Baulasten müßten der Staatskasse auferlegt werden, weil die Korrektionsarbeiten im Interesse des ganzen Staates erfolgten.

Geheimrath Schulz erwidert, daß die Strombauverwaltung für die Zugänglichmachung der Anlagestellen Sorge trage, so weit Mittel aus diesem Fonds zu Gebote ständen.

Abg. Berger tritt für die Kanalisirung der Mosel ein, welche den Bergbau an der oberen Lahn keineswegs schädigen würde. Der Erzbedarf in der Lahngegend würde mit der Zeit den Bedürfnissen nicht genügen. Die vom Abgeordneten Wirth neulich gewünschte Kanalisirung sei zwar früher von der Regierung vorgeschlagen, aber abgesetzt worden mit dem Hinweis, daß die Erze von der Lahn durch die Eisenbahn besser zu transportiren seien.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 17 „Unterhaltung der Kanäle" bemängelt

Abg. Brömel (dfr.) die unhaltbaren Bestände an der Hohensaathener Schleuse während des Hochwassers der Oder vor drei Jahren, wo Hunderte von Schiffen lagerten und Tausende von Menschen zur Unthätigkeit und Verdienstlosigkeit verurtheilt waren. Die vorhandenen Schleusenthore seien zu niedrig und ließen zu wenig Wasser durch. Es empfehle sich die Einrichtung eines Schöpfwerkes bei Schleusenanlagen.

Geheimrath Wiebe verspricht möglichste Berücksichtigung der Interessenten, hebt aber hervor, daß die Beseitigung der erwähnten Mißstände noch vielfachen Schwierigkeiten begegne.

Abg. v. Risselmann (kons.) betont, daß bei Abhilfe von Ueberfluthungen zunächst den Interessen der Landwirthschaft, in zweiter Linie denen der Schifffahrt Rechnung getragen werden müsse. Die verursachten Schäden seien sehr bedeutend. Redner dankt der Regierung für das der Landwirthschaft dargebrachte Interesse.

Geheimrath Wiebe erwidert, daß die Ueberfluthungen noch gefährlicher wirken würden, wenn der Strom nicht im Interesse der Schifffahrt regulirt würde.

Abg. Brömel verwahrt sich dagegen, daß er in dieser Frage irgend ein einseitiges Interesse vertrete. Redner bittet, die Regelung dieser Angelegenheit nicht länger aufzuschieben, als es unbedingt nöthig sei. Schon seit vielen Jahren seien die Verhältnisse unerträglich.

Titel 17 wird bewilligt.

Zu Tit. 18 „Unterhaltung der Wege und Brücken" weist

Abg. Bödiker (Z.) die Nothwendigkeit des Baues einer Brücke an der Ems nach und bittet den Staat, die betheiligte Gemeinde zu unterstützen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der Etat der Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen und der Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes, betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in diesen Provinzen.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole): Wir können das Gefühl nicht unterdrücken, daß wir in Preußen nicht unter landesväterlicher Regierung stehen. Die preußische Devise „suum cuique" und die verfassungsmäßige Gleichheit aller preußischen Unterthanen findet auf uns keine Anwendung. Man behandelt uns ungerecht wegen unserer Religion und der Anhänglichkeit an unsere Nationalität. — Der Ankauf der Güter, wie er von der Ansiedelungskommission betrieben wird, ist kein solides Geschäft, da er nicht zur Vermehrung und Befestigung des kleinbürgerlichen Besitzthums beiträgt. Denn erstens wird durch das Auftreten der Kommission bei Subhastationen von vornherein die Kauflust herabgemindert, ja überhaupt der freie Verkauf und freie Privaterwerb unmöglich gemacht, und zweitens wird durch das Ankaufen der kleinen Bauerngüter die Auswanderungslust gefördert. Nach beiden Richtungen hin erfüllt die Kommission jedenfalls nicht die Aufgaben des Staates. Die Leistungen, welcher die Kommission sich rühmt, stehen auch in gar keinem Verhältniß zu den reichlichen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen. Die Kommission handelt zudem vielfach in Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen, z. B. darin, daß die Armenlasten auf den Staat abgewälzt werden. Das Ansiedelungsgesetz ist nicht dazu angethan, den Frieden unter der Bevölkerung zu fördern, zumal sie bestrebt ist, das protestantische Element auf Kosten des katholischen zu stärken. Im Interesse des Friedens müßte das Gesetz beseitigt werden. Die gute Sache, die wir vertreten, wird über kurz oder lang siegen.

Abg. v. Puttkamer (Plauth, kons.): Wir rechnen natürlich nicht darauf, daß sich die Polen mit einem solchen Gesetz einverstanden erklären. Es handelt sich um die Erhaltung der Integrität des preußischen Staates. (Lachen bei den Polen.) Die Polen haben noch nie erklärt, daß sie auf die definitive Wiederherstellung des alten Polenreiches verzichten. (Lachen bei den Polen.) Dagegen müssen wir uns wehren. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich nicht um zwangsweise Verdrängung polnischer Besitzer, sondern einen freihändigen Ankauf von Gütern bei Subhastationen. Es kommen Fälle vor, in denen Polen mit dem Gelde, welches sie für ihre Besitzungen erhalten haben, sich in deutschen Gegenden ankaufen und dort rentabler leben. Die Auswanderung ist nicht auf dies Gesetz zurückzuführen, sondern auf die weit verbreitete Ansicht, daß man in anderen Ländern leichter Arbeit und Verdienst findet. Uebrigens stellen die Deutschen das weitaus größte Kontingent aus der Provinz Posen. Von einer Bevorzugung der protestantischen Bewerber gegenüber katholischer kann keine Rede sein, letztere seien aber nur in geringer Zahl vorhanden. Wenn der Vorredner sich gerade des Kleinbesitzes so warm annimmt, so wird er bei dem polnischen Adel, der doch besonders die polnische Agitation betreibt, vielleicht in den Ruf eines polnischen Sozialdemokraten kommen. (Lachen bei den Polen.)

Im einzelnen allerdings sind hier manche Ausstellungen zu machen. Die Anforderungen an das Kapital, welches die Bewerber mitzubringen haben, sind vielfach zu hoch, sonst würde das Angebot an Ansiedlern größer sein. Auch sind die auszutheilenden Stellen zu groß. Das verlangsamt den Gang der Ansiedelung. Die Sache könnte viel schneller und flotter gehen. Trotzdem die Ansiedelungskommission schon drei Jahre in Wirksamkeit ist, sind doch keine Erfolge bei den letzten Wahlen zu verspüren gewesen. Die polnische Fraktion hat einen Stimmenzuwachs erfahren, d. h. bei den ersten Wahlen. Bei den Stichwahlen haben die Polen die Stimmen anderer Parteien bekommen, namentlich der deutschfreisinnigen Partei in Westpreußen. Sie könnte sich daher besser polnisch-freisinnige Partei nennen. Entrüstung und Scham erfüllt mich, wenn ich sehe, daß Deutsche den Parteihaß höher stellen als das nationale Interesse. Und die Mittel, welche sie im Wahlkampf anwandten, waren auch nicht gerade die allerzahmsten und feinsten. Es handele sich schließlich um einen Kampf für oder wider die Schnapsflasche. Die Herren sollten sich doch ihrer deutschen Nationalität mehr bewußt werden. Ich hoffe, daß ihnen durch das Auftreten in Westpreußen der Boden unter den Füßen wird weggezogen werden. (Zustimmung rechts.)

Ein weiterer Grund für die langsamen Erfolge der Ansiedlungskommission liegt auch in der Höhe der Verzinsung, die von den Ansiedlern verlangt wird. 3 Prozent sind eine zu hohe Verzinsung des Anlagekapitals. Die möglichst günstige Anlage des Hundertmillionenkapitals ist doch nicht die Hauptsache, wir haben um des Erfolges Willen Einbußen erwartet. In Westpreußen werden zu wenig Ankäufe gemacht, obwohl nach Ausweis der Wahlen dort die Gefahr der Polonisirung ebenso groß ist wie in Posen. Weiter scheint mir nicht genug gethan zu werden für die Befriedigung des kirchlichen Bedürfnisses der eingewanderten evangelischen Ansiedler. (Sehr wahr! rechts.) Die Regierung muß weit mehr für die Seelsorge thun, ohne zu ängstliche Schonung der Staatsmittel. Ohne genügende Befriedigung des kirchlichen Bedürfnisses in der eigenen Konfession der Ansiedler liegt die Gefahr der Polonisirung germanischen Einwanderern sehr nahe. Ich hoffe also, daß die Ansiedlungskommission weniger zaghaft vorgeht, daß sie die Staatsmittel nicht allzu sehr schont, damit wir Früchte sehen und die Gefahr einer Losreißung und Revoltirung ausgeschlossen erscheint. (Beifall rechts. Lachen bei den Polen.)

Geh.-Rath v. Wilmowski: Die Erfahrungen der Ansiedlungskommission ergeben, daß die kleinen Parzellen sehr wenig begehrt werden, sondern meist Parzellen von 60—80 Morgen; es liegt daher kein Grund vor, kleinere Parzellen zu schaffen. Die Ansprüche an die Kapitalkraft der Ansiedler sind nicht zu groß; man muß ein größeres Kapital von denselben verlangen, wenn anders man Sicherheit dafür haben will, daß die Ansiedler sich auch behaupten können. Für die Kirchen- und Schulbedürfnisse wird nach Möglichkeit gesorgt. Dieselben liegen aber im wesentlichen nicht in der Sphäre der Aufgabe der Kommission. Von einer Hinderung des freien Privaterwerbes kann keine Rede sein, keinem wird der Ankauf von Land irgendwie beschränkt. Ich hoffe, Sie werden alle der Kommission und ihrem Vorsitzenden das Zeugniß geben, daß sie mit der größten Umsicht und Objektivität verfahren ist.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.): Gegen den Erlaß des Gesetzes haben wir entschieden Protest eingelegt und sind auch heute mit der Ausführung des Gesetzes nicht einverstanden. Das ganze System ist verwerflich, und die Ausführung mangelhaft. (Zustimmung im Zentrum.) Mit einer gewissen naiven Offenherzigkeit hat Herr v. Puttkamer die Nothwendigkeit des Gesetzes daraus hergeleitet, daß die polnischen Landestheile vor einer Gefahr der Losreißung bewahrt werden. Das ist unrichtig. Die polnischen Landestheile gehören für immer zu Preußen, aber solche Gesetze kitten die Bewohner nicht fester, sie streiten gegen das Naturrecht. (Sehr wahr! im Zentrum.) Sie erreichen das gerade Gegentheil von dem, was Sie wollen. Das beweisen die Wahlen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Polen.) Hier kommt die natürliche Reaktion gegen ein Unrecht. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Polen.) Wer hat das Recht, die Loyalität der Polen zu bezweifeln? (Ruf rechts: Revolutionäre!) Nun, in Berlin war ja auch die Revolution. Den Polen sind die Versprechungen, die bei der Uebernahme der Provinzen gemacht sind, nicht gehalten worden. (Oho! rechts.) Der alte Herr von Gerlach, dessen Preußenthum niemand verdächtigen wird, hat hier wiederholt gesagt: den Polen ist nicht Wort gehalten worden. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wir leben in einem großen sozialen Kriege, und haben keine Ursache, noch andere Gegensätze, als die schon vorhandenen, künstlich aufzuziehen. Der Staatsmann, der das thut, hat noch nicht das erste Alphabet politischer Weisheit begriffen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Polen.) Es ist gesagt worden, es sei eine Schmach, wenn ein Deutscher für einen Polen stimmt. (Sehr richtig! rechts.) Ich sage, das ist keine Schmach (Oho! rechts, Zustimmung im Zentrum und links.) Die Polen Westpreußens und Posens sind preußische Staatsbürger und gleichberechtigt. (Sehr richtig! bei den Polen). Gerade der Umstand, daß sie sich entschlossen haben, mit Deutschen zusammenzustimmen, wird dazu beitragen, die Gegensätze der Nationalität zu mildern. (Lachen rechts.) Die Erregung gegen die Polen ist noch immer so groß, daß ein objektives Urtheil in gewissen Kreisen nicht vorhanden ist. Die Polen haben nicht nur für die freisinnige Partei gewirkt und umgekehrt, sondern auch bei anderen Wahlen. (Ruf rechts: natürlich!) Es hat sich darum gehandelt, das Kartell zu vernichten: das Kartell war gegen uns geschlossen und diente zur Unterdrückung der katholischen Verhältnisse. (Lachen rechts.) Es war unmöglich, so lange das Kartell bestand, katholische Beschwerden durchzubringen, es wird jetzt anders werden. (Lachen rechts.) Ich bin sehr befriedigt über das Verhalten der Polen bei den Wahlen. (Hört, hört! rechts) und ich wünschte meinerseits, daß die Polen sich gewöhnen, mit den Deutschen und die Deutschen mit den Polen zusammenzuwirken in Gemeinde- und allen anderen Lebensverhältnissen. Dann erst werden wir Frieden bekommen. Wenn die Polen, die in Deutschland noch anderswo sind, bei der Wahl mitgewirkt hätten, würden die Herren rechts sich noch mehr über die Zunahme der polnischen Stimmen wundern. (Sehr richtig! bei den Polen). Sehr viele Polen sind in Westfalen, in Sachsen, ja selbst hier in Berlin. (Rufe rechts: Sozialdemokraten, Janiszewski!). Ja, einer; aber in Posen selbst sind viel weniger Sozialdemokraten als hier, und wenn sie sich dort allmählich ausbreiten, so liegt das darin, daß die Katholiken dort unterdrückt werden. (Widerspruch rechts. Sehr wahr! im Zentrum.)

Das Gesetz ist ein großer Fehlgriff, der nichts fruchtet. Was die Polen etwa verlieren, gewinnen sie an Intensität und Kraftentwickelung. Eine Nationalität mit Gewalt unterdrücken zu wollen, das gelingt nicht. Sie unterschätzen dabei vor allem den Patriotismus der Frauen und den werden Sie nicht unterdrücken! (Sehr wahr! bei den Polen.) Es handelt sich nicht um Kolonisation allein, sondern auch um Propaganda, es handelt sich um verfehlte Maßregeln einer barbarischen Politik (oho! rechts) und deshalb will ich diese Ausführung des Gesetzes nicht mit Tadeln über zu große Parzellen oder zu hohe Verzinsung angreifen. Das Prinzip muß bekämpft werden. Mit den Ausführungen des Vorredners über die Bestimmung des religiösen Bedürfnisses bin ich vollständig einverstanden. Für die Seelsorge muß viel mehr gethan werden. Die Sozialdemokratie erwächst auf dem Boden des Unglaubens (Sehr wahr! im Zentrum, Ruf rechts: Nicht alle Sozialdemokraten sind ohne Religion). Ich sage auch nicht, daß alle Katholiken religiös sind. Wenn alle Katholiken ihre Pflicht thäten, dann säßen Sie alle hier nicht mehr. (Heiterkeit.) Wenn Sie etwas Verständiges haben wollen, dann müßten Sie beantragen, das Ansiedelungsgesetz aufzuheben und die flüssigwerdenden Mittel zur Verbesserung der Arbeitnehmer verwenden. (Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Seer (nl.): Herr Windthorst kennt die Verhältnisse in den Ostprovinzen nicht, sonst würde er selbst anders urtheilen. Wenn so viele Stellen nicht begeben worden sind, so liegt das wohl daran, daß anfangs manche Güter von der Kommission gekauft worden sind, die sich wenig zum Anbau eignen; das ist aber in letzter Zeit schon viel besser geworden. Im letzten Jahre sind auch gar keine Güter mehr in der Subhastation gekauft worden, sondern die Besitzer selbst haben ihre Güter angeboten. Was die Stichwahlen anbetrifft, so möchte ich konstatiren, daß in Bromberg alle Parteien einmüthig für den deutschen Kandidaten gestimmt haben.

Abg. v. Czarlinski (Pole): Dieses durch sittliche Begriffsverwirrung entstandene Gesetz werden Sie nie rechtfertigen. (Präsident v. Heereman erklärt den Ausdruck „sittliche Begriffsverwirrung" für unzulässig.) Es ist nicht wahr, daß die Freisinnigen durchweg für die Polen gestimmt haben, in meinem Wahlkreise z. B. haben sie es nicht gethan. Aber was ist überhaupt Wunderbares daran, wenn die Freisinnigen für einen Polen

stimmen, von dem sie wissen, das er niemals für die Schmälerung der Volksrechte stimmen wird, geradeso wie die Sozialdemokraten wissen, daß kein Pole für ein Ausnahmegesetz zu haben ist. Herr v. Puttkamer hat ebenso wenig wie der Herr Reichskanzler ein Recht zu so maßlosen Angriffen gegen uns, die wir hier auf Grund der beschworenen Verfassung sitzen. Freilich es giebt Krankheiten, gegen die es kein Mittel giebt. Herr v. Puttkamer sollte sich aber doch noch erinnern, wie ihn früher Freiherr v. d. Reck in die Grenzen der berechtigten Ansprüche eines Abgeordneten zurückgeführt hat. Der Reichskanzler nannte die Polen einmal Unterthanen ohne Kündigung. Nun, die Kündigung geht doch aus von denen, die die Gleichheit, die Vorbedingung des sozialen Friedens, beseitigt haben. Die Polen werden zweifellos durch das Gesetz verdrängt. Dabei wird den polnischen Kleinbesitzern verwehrt, Parzellen sich auzukaufen, und Genossenschaftsbildung für diese Zwecke nicht gestattet.

Herrn v. Puttkamer geht das Ansiedelungsgeschäft zu langsam, er will das Land billiger abgeben, wohl gar verschenken. Das hat schon Friedrich der Große gethan, aber ohne Erfolg. Wie man gegenüber der polnischen Minorität von einem Schutz der deutschen Majorität sprechen kann, zu welchem das Gesetz nothwendig sein soll, verstehe ich nicht. — Die kleine polnische Minorität wird gerade von der Mehrheit tyrannisirt.

Wir protestiren dagegen, daß Janiszewski als Pole bezeichnet wird. Ein polnischer Kandidat ist nur derjenige, welcher mit der polnischen Fraktion die Interessen der polnischen Bevölkerung vertreten will. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Sombart (nl.): Die von der Kommission gewählte Größe der Stellen ist richtig bemessen. Der Vorschlag des Abg. v. Puttkamer würde zur Einrichtung von Zwergwirthschaften führen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Gesetz betr. Zutheilung des Bergdepartements zum Handelsministerium, kleinere Vorlagen, Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

*** **Berlin,** 10. März. Die Debatte über den 1889er Bericht der Ansiedelungskommission, welche den interessanteren Theil der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ausfüllte, unterschied sich im Großen und Ganzen wenig von den früheren Erörterungen über dieses Thema. Von politischem Interesse war in der Hauptsache nur die Rede des Herrn Windthorst, der auch diese Gelegenheit benutzte, die Wahlerfolge des Zentrums bei den Reichstagswahlen in das hellste Licht zu setzen. Daß es Herrn Windthorst und seiner Partei um die Beseitigung des Kartells zu thun gewesen ist, haben die Herren auch schon vor den Wahlen erklärt. Weshalb sich aber gerade jetzt, in Folge der veränderten Zusammensetzung des Reichstages, auf dem Gebiete der Kirche und Schule die Gesetzgebung werde ändern müssen, wie Herr Windthorst behauptet, ist um so weniger verständlich, als ja im preußischen Landtage, zu dessen Kompetenz diese Gesetzgebung gehört, die deutschkonservativ-klerikale Majorität in schönster Blüthe steht, ohne daß es deshalb dem Zentrum gelungen wäre, sein Programm für die Neuordnung der Schulverhältnisse auch nur um einen Schritt weiter zu bringen. Gerade die Thatsache, daß die Zentrumspresse bisher vergeblich sich bemüht hat, die deutschkonservative Partei des Reichstags für den Vorschlag der Vertretung desselben durch einen Deutschkonservativen an erster Stelle zu gewinnen, beweist, daß in dieser Hinsicht die Situation sich nicht geändert hat. Daß „Kreuzztg.“ und „Reichsbote“ einen andern Standpunkt, d. h. den Standpunkt des äußersten rechten Flügels vertreten, ändert an der Sache nichts. Das Haupthinderniß im Abgeordnetenhause war auch bisher nicht das Kartell, sondern die Abneigung der deutschkonservativen Partei, dem Zentrum zu weiteren Siegen auf diesem Gebiete zu verhelfen. Daß sich in dieser Sachlage durch die Wahlen zum Reichstage irgend etwas geändert habe, ist eine Behauptung, die auch Herr Windthorst nur aufstellt, weil sie in den Feldzugsplan, den der Führer des Zentrums sich ausgedacht hat, hineinpaßt. Es handelt sich auch hier ebenso wie bei den neulichen Enthüllungen des „Westf. Mercur“ lediglich um die Taktik, durch übertriebene Forderungen die Regierung vor die Wahl der Nachgiebigkeit gegenüber den Wünschen des Zentrums oder der Opposition desselben zu stellen. Daß Herr Windthorst nebenbei die Politik des Zentrums als allein geeignet zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet, kann nicht mehr überraschen, man ist ja bisher schon an diese beweislosen Behauptungen gewöhnt. Die Thatsache, daß bei den letzten Wahlen das Zentrum in großen städtischen Wahlkreisen ebenso unterlegen ist, wie andere Parteien, läßt sich nicht in Abrede stellen. Es genügt, auf den Ausgang der Wahlen in München II. und Mainz hinzuweisen. Auch Zentrumsblätter haben ja bei der Erörterung der Wahlergebnisse zugeben müssen, daß ein Theil des Verlustes an Stimmen, welchen das Zentrum bei den letzten Wahlen gehabt hat, auf das Vordringen der Sozialdemokratie zurückzuführen ist. — — Wie verlautet, läßt der Inhalt des Handschreibens, mit welchem der Kaiser dem Staatsminister v. Boetticher die Verleihung des Schwarzen Adlerordens angekündigt hat, keinen Zweifel darüber zu, daß diese Auszeichnung lediglich mit der Thätigkeit im Zusammenhange steht, welche Staatssekretär v. Boetticher bei der Durchführung des Alters- und Invalidengesetzes entwickelt hat. — — Die Annahme, daß die Berufung des Reichstags zum 15. April erfolgen werde, gilt auch jetzt noch als zuverlässig, wenngleich endgiltige Beschlüsse in dieser Hinsicht noch nicht vorliegen. Die Meldung des „Berl. Aktionärs“, daß der Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung in soweit es sich um die Arbeiterschutzgesetzgebung handelt, bereits festgestellt und den Regierungen zur Kenntnißnahme vorgelegt sei, bestätigt die neuliche Angabe, daß bezüglich des Vorgehens auf diesem beschränkten Gebiete das Ergebniß der internationalen Arbeiterschutzkonferenz nicht abgewartet werden soll.

— Am Sonntag Vormittag empfing der Kaiser den Direktor im Auswärtigen Amt, Wirklichen Geheimen Legationsrath Reichardt. Um 10½ Uhr begaben sich dann die kaiserlichen Majestäten gemeinsam zur Gedächtnißfeier nach dem Mausoleum zu Charlottenburg. Nachmittags empfing der Kaiser den Konsistorialrath Risch und den Universitätsprofessor Gümbel aus Speier, welche über den Plan der Erbauung einer Gedächtnißkirche der Protestation von 1529 in Speier Bericht erstatteten. Gestern Vormittag unternahm der Kaiser mit der Kaiserin eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Später nahm der Kaiser die regelmäßigen Vorträge entgegen. Am Nachmittage fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers Alexander von Rußland eine größere Mittagstafel statt.

— Der Kaiser hatte am Sonnabend, wie der „Magdeb. Ztg.“ gemeldet wird, eine lange Unterredung mit dem Reichskanzler.

— Prinz Albrecht hat gestern Vormittag Berlin wieder verlassen und sich nach Hannover begeben. Die Frau Prinzessin Albrecht reist mit ihren Söhnen voraussichtlich morgen von hier ebenfalls wieder nach Braunschweig zurück.

— Nach einer der „Voss. Ztg.“ aus Stuttgart zugehenden Meldung ist zum Nachfolger des dortigen preußischen Gesandten, dem „Merkur“ zufolge, Graf Philipp v. Eulenburg, gegenwärtig preußischer Gesandter in Oldenburg, bestimmt.

— Seit der letzten Bevölkerungsaufnahme im deutschen Reiche sind fünf Jahre verflossen. Am 1. Dezember d. J. muß demnach wiederum eine solche statistische Erhebung stattfinden. Mit Bezug darauf bringen die „Berl. Pol. Nachr.“ folgende Bemerkungen, betreffs deren sich nicht erkennen läßt, ob man es mit einer bloßen Reminiszenz oder mit einem Hinweis von aktueller Bedeutung zu thun hat:

Die bisherigen Bevölkerungsaufnahmen sind erfahrungsmäßig mit einer recht erheblichen Arbeit für die Lokalbehörden verbunden gewesen. Unseres Erachtens sind diese letzteren neuerdings schon zur Genüge belastet und wir möchten daher dem Wunsche Ausdruck geben, daß die in Aussicht stehenden statistischen Erhebungen thunlichst eingeschränkt werden. Man darf unseres Erachtens keinesfalls über die Grenzen hinausgehen, innerhalb deren die Aufnahmen sich vor fünf Jahren bewegten, wir erachten es sogar für wünschenswerth, daß dieselben, wenn möglich enger gezogen werden. Es scheint uns an der Zeit, an ein Schreiben zu erinnern, welches der Reichskanzler im Jahre 1880 aus Anlaß der damals bevorstehenden Volkszählung an den Bundesrath richtete, in welchem es heißt: „Die Arbeit, welche durch weitergehende Ermittelungen den Lokalbehörden zugemuthet wird und zwar auf dem Lande vorzugsweise solchen, deren Geschäfte unbesoldete Beamte versehen, ist in den letzten Jahren eine so umfängliche geworden, daß die Abneigung gegen den Zwang, der dabei ohne nachweisbare gesetzliche Berechtigung geübt wird, in weiteren Kreisen eine Unzufriedenheit erregt hat, die ich nicht für unberechtigt halten kann. Schon bei den rein staatlichen Behörden, wie sie in Preußen bis zu den Landrathsämtern reichen, ist die unverhältnißmäßige Vermehrung der subalternen Arbeitskräfte während des letzten Jahrzehnts vorwiegend durch die Steigerung der Anforderungen der Statistik nothwendig geworden. Die Abneigung, welcher die wiederholte Nöthigung zur Beantwortung der gestellten Fragen begegnet, und die Besorgniß, daß die statistischen Angaben Unterlagen für die Bemessung der Steuern liefern sollten, haben den Erfolg, daß die Antworten nicht blos in den ungebildeten Kreisen der Bevölkerung, sondern auch höher hinauf, wissentlich unrichtig gegeben werden, und daß diese Unrichtigkeiten demnächst in den verschiedenen Stadien der Verwaltung durch konjekturale Annahme von Durchschnittsziffern ausgeglichen werden. Die auf diesem Wege gewonnenen Resultate weichen von der Wirklichkeit ab und geben zu irrigen Vorstellungen Anlaß.“

— Die „B. Pol. Nachr.“ schreiben: Nach Artikel 5 des Gesetzes vom 30. März 1880, betreffend die Abänderung des Fischerei-Gesetzes für den preußischen Staat, sind die Minister für Handel und für Landwirthschaft befugt, zum Schutze der Fische gegen Beschädigung durch Turbinen bei jeder neuen Turbinenanlage dem Eigenthümer der letzteren jederzeit die Herstellung und Unterhaltung von Vorrichtungen, Gittern u. s. w., welche das Eindringen der Fische in die Turbinen verhindern, auf seine Kosten aufzuerlegen. Es ist selbstverständlich, daß die Fischerei-Interessenten die möglichst weite Ausdehnung der Handhabung dieser Bestimmung verlangen, während die Wünsche der Wassertriebwerksbesitzer sich gerade in der entgegengesetzten Richtung bewegen. Um nun eine Einigung zwischen den sich entgegenstehenden Interessen herbeizuführen, hat dieser Tage zu Berlin im preußischen Herrenhause eine Konferenz zwischen Vertretern des deutschen Fischerei-Vereins und der Wassertriebwerksbesitzer stattgefunden, zu welcher auch die preußischen Ministerien für Landwirthschaft und für Handel und Gerwerbe Delegirte entsendet hatten. Die Verhandlungen auf derselben drehten sich in der Hauptsache um die Turbinenrechen, d. h. die Weite der Zwischenräume zwischen den einzelnen Stäben, sowie um die Anlegung von Aalröhren und Aalbrutleitern. Als Ergebniß der Verhandlungen war zu konstatiren, daß eine Einigung der widerstreitenden Interessen zur Zeit noch nicht zu erzielen ist. Durch die beiderseitige Aussprache ist aber eine Klärung der Anschauungen eingetreten. Dem Vernehmen nach soll nunmehr durch Versuche festgestellt werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, damit sowohl die Interessen der Fischerei als auch die der Wassertriebwerke ihre Berücksichtigung finden.

— Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Dem Vernehmen nach hat der Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen beim Bundesrathe einen Antrag gestellt, welcher die Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens sowohl bei Nacherhebungen und Zurückerstattungen von Zollbeträgen aus Anlaß der Register-Revision wie auch für die Register-Defekte und -Vergütungen bezweckt, welche sich bei den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, der statistischen Gebühr, dem Spielkartenstempel sowie den Reichsstempelabgaben ergeben. — Des weiteren hat derselbe Ausschuß Abänderungen in der Anleitung zur Ermittelung des Alkoholgehaltes im Branntwein vorgeschlagen, um einmal Zweifel auszuschließen, daß zur Ermittelung der Litermenge des Branntweins aus dem Nettogewicht und der wahren Stärke auch halbe Kilo-

Die Anfänge der Fußbekleidung.

Von Adam Löffler.

Es ist nicht schwer, zu behaupten, der Orient habe die Fußbekleidung zuerst gesehen: man suchte Schutz wegen der zu großen Hitze des Sandes, auf dem man mit nackten Füßen nicht gehen konnte. Anfangs wurden zum Schutze der Fußsohlen nur Blätter oder Bretter, auch Stücke von Thierfellen und Geflechte von Pfriemengras (in Spanien) oder Papyrusfasern (in Egypten) untergebunden.

Bei den Hebräern hatten die Schuhe die Form von „Sandalen“ und waren von Leder, Leinwand, Binsen, Holz oder dergleichen; vornehme Frauen trugen indeß sehr bald prächtige und kostbare Schuh. Dann kam die seltsame Mode bei den Israeliten auf, das Portrait oder Namen desjenigen, den man am innigsten liebte, erhaben in Metall gearbeitet, unter den Absätzen zu tragen, um mit jedem Schritt einen Abdruck im Erdboden zu hinterlassen. Ein besonderer Gebrauch herrschte unter diesem Volke beim Abschließen eines Kaufkontraktes. Wer Ländereien verkaufte, zog seine Schuhe aus und übergab sie dem Käufer zum Zeichen, daß die Sache abgemacht sei — eine sinnbildliche Handlung, um anzudeuten, daß dieser nun in die Rechte des früheren Besitzers eingetreten sei und die Herrschaft des Grundstückes übernommen habe. Diese Sitte ist bis in die frühesten Zeiten zurückzuführen; dagegen hat man Anhaltepunkte, daß die Fußbekleidung auch bereits so früh im Norden angewandt wurde, nicht.

Die Indier hatten Schuhe von Holz und Leder; letztere trugen die Vornehmen, und zwar je höher ihr Rang war desto höher und mit mehr Farben geschmückt waren auch ihre Schuhe, sogar mit Gold und Edelsteinen besetzte trugen sie.

Bei den Griechen waren die älteste Art von Schuhen die Hypodemata, welche, unter den Fuß gebunden, nur die Sohle bedeckten, während die ersten in der Zeit vor Xerxes von Kleinasien nach Griechenland gebrachten, nach dem Fuß geschnittenen Sandalen (Sandalion, Sandalon) der Frauen einen noch über die Zehen gehenden Riemen hatten, welcher, allmählig verbreitert, zu einer Art Oberleder wurde; das Hypodema Koilon wurde angezogen und bedeckte den ganzen Fuß; außerdem trugen die Männer Kregides, Halbschuhe, welche den vorderen Theil des Fußes oberhalb bedeckten und hinten mit Riemen befestigt waren; eine besondere Art war die Lakonikai; ferner die eleganten Blautai (Blautia), eine Art Pantoffeln, besonders wenn sie zu Gastmählern gingen; zum gewöhnlichen Gebrauch dienten auch die Emkades, die ordentliche Schuhe waren; Karbatinai bestanden aus starkem Leder und wurden von gemeinen Leuten getragen; Endromides, starke und hochhinaufreichende Stiefel, brauchten Baukides, während die ordinären Pribarides eine Fußbedeckung für Mädchen der dienenden Klasse waren.

Die Etrusker hielten die Schuhe für das wesentlichste Stück einer anständigen Bekleidung, wie auch auf ihren Kunstwerken sogar ganz nackt dargestellte Figuren wenigstens beschuht sind; gewöhnlich bedeckten ihre Schuhe Fuß und Bein bis zur Wade und waren oben entweder mit Bändern zugebunden oder übergeklappt; bisweilen waren sie auch auf der Mitte des Fußes ausgeschnitten und geschnürt. Auch kommen schon Schuhe mit spitzigen und umgebogenen Schnäbeln auf etruskischen Kunstwerken vor.

Die Römer hatten eine Menge verschiedenes Schuhwerk oder Geschühe (Calceamenta); der Calceus bedeckte den ganzen Fuß bis an den Knöchel, war von Leder und wurde oben mit Riemen zusammengebunden, aber nur mit der Toga getragen. Eigentliche Sandalen wurden von den Frauen getragen, welche sogar später besondere Sklavinnen hatten, die ihnen die Schuhe nachtrugen (Sandaligerulae) und die Riemen mit kostbaren Perlen besetzen ließen. Die sogenannten Thyrrenischen Sandalen waren dicke Sohlen, meist mit Nägeln beschlagen, welche die Männer öfter auf der Straße trugen. Die Sandalen trugen Jäger und Läufer. Die Frauen trugen außer Sandalen noch die Persika oder Kothornoi, hohe Schuhe und die eleganten, mit Nägeln beschlagenen Sohlen (Caligae), deren Riemen bis an die Unterschenkel reichten und von denen einer der grausamsten und verächtlichsten Kaiser seinen Namen Caligula erhielt, weil er sich in seiner Jugend stets unter den Soldaten aufgehalten und solche Caligae getragen hatte; später erhielten die Soldaten eine eherne Fuß- und Schenkelbekleidung (Ocres).

Die Komödianten und Tänzer trugen den von den Griechen überkommenen Soccus (woraus unser Wort „Socke“ entstanden ist), eine Art niedriger leichter Schuhe; auch werden Socci dem Gott Hymen beigelegt. In der Periode des Verfalls des römischen Reiches, wo beide Geschlechter in der Kleiderpracht und dem Putze wetteiferten, schränkten verschiedene Sumtuargesetze den Gebrauch von vielerlei Schuhen und den Luxus derselben ein; so verbot Kaiser Aurelianus den Männern, farbige Schuhe zu tragen, und Heliogabal gestattete nur den Frauen gewisser Stände Verzierungen von Gold, Perlen und Edelsteinen an den Schuhen.

Im neunten und zehnten Jahrhundert nach Christi Geburt, wo inzwischen die Sandalen dem wirklichen Schuh mit Oberleder Platz gemacht hatte, sollen dieselben oft von kostbaren Stoffen gefertigt und wie bei den Frauen der späteren römischen Kaiserzeit, mit Perlen und Edelsteinen verziert gewesen sein; doch war ihre Gestalt einfach, den Formen des Fußes angemessen, ja Karl der Große soll Halbstiefel von rothem Leder getragen haben, in denen jede Zehe ihren besonders ausgearbeiteten Raum hatte.

Ehe dann die sogenannten Entenschnäbel an die Reihe kamen, war es Sitte, zweifarbige Schuhe und eben solche Hosenbeine zu tragen und zwar so, daß immer der linke Fuß mit dem rechten Bein und umgekehrt das linke Bein mit dem rechten Fuß übereinstimmte. War also der rechte Schuh von grüner und die rechte Hose von rother Farbe, so prangte dagegen die linke Hose von hoffnungsvollem Grün, während der linke Fuß die Purpurfarbe trug.

gramm in Ansatz zu bringen seien, und sodann, um klarzustellen, daß ein für andere Brennereien vorgezeichnetes Verfahren auch zur Feststellung der gewonnenen Menge reinen Alkohols in solchen Brennereien zur Anwendung zu bringen ist, im welchen Siemens'sche Probenehmer aufgestellt sind.

— Unter der Ueberschrift: „Die „30 katholischen Lehrer" Crefelds" bringt die „Cref. Ztg." einen längeren Artikel, der interessante Schlaglichter auf das Verhältniß der katholischen Volksschullehrer zur Zentrumspartei wirft. Die „Cref. Ztg." veröffentlichte im November 1888 eine Erklärung von 30 katholischen Lehrern Crefelds gegen den Windthorstschen Schulantrag. Dieselbe rief in der Zentrumspresse einen Sturm der Entrüstung hervor, und das ultramontane Blatt zu Crefeld verlangte, daß solche unkatholische Lehrer, die den Windthorstschen Schulantrag nicht billigten, nicht weiter die katholische Jugend unterrichten dürften. Die sorgfältigste Suche der Ultramontanen nach den Urhebern der Erklärung blieb jedoch erfolglos, da die Namen derselben wohlweislich von den Betheiligten verschwiegen wurden. Ganz besonders eifrig scheint die katholische „Rheinisch-Westfälische Schulzeitung" die Spionage nach den Dreißig betrieben zu haben. Sie rühmt sich jetzt nach 14 Monaten, die „zwei" Verfasser der Erklärung herausgefunden und im Uebrigen festgestellt zu haben, daß die 30 zustimmenden Unterschriften auf einer absichtlichen Täuschung beruhen. Dem gegenüber stellt die „Crefelder Zeitung" fest, daß die „Rheinisch-Westfälische Schulzeitung" falsch unterrichtet ist, und daß die dreißig Lehrer, welche in der „Cref. Ztg." gegen den Windthorstschen Schul-Antrag Einspruch erhoben haben, thatsächlich vorhanden sind, ja daß die Zahl der Gegner desselben sich nach und nach als bei weitem höher herausgestellt hat. Bei dieser Gelegenheit führt die „Cref. Ztg." eine Reihe Beweise dafür an, wie die rücksichtslose Gewaltherrschaft der Zentrumspartei eine Unterdrückung der freien politischen Ueberzeugung bei den katholischen Lehrern bewirkt und dieselben zu einer „Heuchelei des Broterwerbs" geradezu gezwungen hat; es werden zahlreiche Fälle angeführt, in denen katholische Lehrer, die öffentlich mit der Zentrumspartei gehen, innerlich entschiedene Gegner derselben sind und unter dem Schutz des Redaktionsgeheimnisses sogar für liberale Blätter gegen die Zentrumspartei schreiben.

— Neue Kämpfe in Deutsch-Ostafrika werden in einer Meldung der „Times" als bevorstehend angekündigt. Die Majors Wißmann, Liebert und alle neue angekommenen Offiziere seien am Freitag nach Saadani abgesegelt, um einen neuen Angriff auf Bana Heris festeste Position zu organisiren. Operationen im Süden seien unausführbar, so lange nicht Bana Heri unterworfen worden sei. — Nach weiteren Mittheilungen aus Zanzibar kamen zwei deutsche Schiffe mit 8000 Kisten Wachholderbeerbranntwein dort an. Die Verwaltung der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft verbot den Verkauf von Spirituosen an Eingeborene innerhalb der englischen Küstenlinie.

Aus Thüringen, 7. März, wird der „Magdeb. Ztg." geschrieben: Der schon öfters erwähnte Staatsvertrag zwischen Preußen und den sämmtlichen thüringischen Staaten zur Erneuerung des seit 1833 bestehenden thüringischen „Zoll- und Handelsvereins" ist am 15. v. M. in Berlin ratifizirt und tritt mit dem 1. April in Wirksamkeit. Er ist zunächst auf drei Jahre, bis zum 1. April 1893, giltig. Der Name des Vereins ist nicht mehr „Zoll- und Handels"-, sondern „Zoll- und Steuerverein". Die oberste Leitung bleibt in Erfurt, führt aber nicht mehr den Titel „General-Steuerinspektor", sondern „Generaldirektor". Demselben unterstehen drei Hauptsteuerämter in Erfurt, Altenburg und Gera, 11 Bezirkssteuerämter in Weimar, Eisenach, Weida, Meiningen, Saalfeld, Kamburg, Gotha, Arnstadt, Rudolstadt und Greiz, ferner eine größere Anzahl von Steuerinspektoren und Zollbeamten. Ein Schlußprotokoll regelt die Verwaltung des Vereins.

Hamm, 9. März. Die Verwaltung der Westfälischen Union macht ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß sie vom 1. März jedem Arbeiter von seinem verdienten Lohn 5 Proz. extra gutschreiben werde. Der Betrag wird jährlich zu Weihnachten den Arbeitern ausgezahlt. Läßt ein Arbeiter sein Guthaben stehen, so zahlt die Verwaltung 5 Prozent Zinsen.

Rußland und Polen.

* Englischen und französischen Blättern wird aus Petersburg gemeldet, daß wieder eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers Alexander III. entdeckt worden ist. Die russischen Revolutionäre haben bereits zweimal den Versuch gemacht, den 1./13. März, den Jahrestag der Ermordung Alexanders II., durch ein neues Attentat denkwürdig zu machen und es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß sie auch in diesem Jahre einem ähnlichen Bestreben haben Ausdruck geben wollen. Was in Wirklichkeit vorgegangen ist, darüber lauten die Nachrichten widersprechend. Der „Figaro" meldet, daß die Verschworenen in dem Augenblicke, in welchem die That ausgeführt werden sollte, im Innern des Palastes verhaftet worden seien und daß man bei ihnen Bomben gefunden habe; in der Stadt seien viele Verhaftungen, besonders unter den Studenten, vorgenommen worden. Dem „Bureau Reuter" wird dagegen aus Petersburg vom 5. März telegraphirt, in amtlichen Kreisen heiße es, der Zar habe einen Drohbrief von einer Frau, die sich Tschebrikowa unterzeichne, erhalten, worin erklärt wird, daß er das Schicksal seiner Vorgänger, Peters III., Pauls I. und Alexanders II. theilen würde, falls er nicht seine gegenwärtige reaktionäre Politik änderte. Die Minister hätten gleichzeitig jeder eine Abschrift dieses Briefes erhalten. Nach dem „Daily Chronicle" handelt es sich um eine im Auslande geheim gedruckte Broschüre einer Madame Z., welche die gegenwärtige reaktionäre Politik der Regierung tadle und in kräftigen Worten auf die wachsende Unbeliebtheit der neu eingeführten Bezirkshauptleute hinweise, von welchen die Bauern vollständig abhängen. Diese Unzufriedenheit könne zu einer dem deutschen Bauernkriege ähnlichen Revolution führen. Ob diese Demonstration der Madame Z. mit der Entdeckung einer Verschwörung zusammenhängt, ist noch unklar; sicher ist nur, daß die Polizei verdoppelte Vorsichtsmaßregeln bei der Ueberwachung der unmittelbaren Nachbarschaft der kaiserlichen Paläste und aller Orte, welche die kaiserliche Familie passiren könnte, getroffen hat und daß eifrig auf verdächtige Personen gefahndet wird. Der Zar und seine Regierung scheinen eben immer noch in dem Wahne befangen zu sein, als ob berechtigte Wünsche und Ideen durch Gewalt erfolgreich bekämpft und dauernd niedergehalten werden könnten.

Aus dem Gerichtssaal.

? **Posen,** 7. März. [Schwurgericht.] Die heutigen Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Es wurde die unverehelichte Wirthin Michalina Sroka aus Moschin, welche des Mordes an ihrem wenige Tage alten Kinde beschuldigt war, freigesprochen.

Das Dienstmädchen Marianna Kiska aus Prusinowo wurde von der Anklage des Kindesmordes freigesprochen, aber wegen fahrlässiger Tödtung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, von welcher Strafe ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

II **Bromberg,** 9. März. [Vor der Strafkammer] wurde vorgestern und gestern ein interessanter und für Kaufmannskreise beachtenswerther Prozeß verhandelt. Der Angeklagte war der Kaufmann Josef Weinstein von hier. Derselbe wurde des Betruges in verschiedenen Fällen, des Haltens einer falschen Waage und der versuchten Verleitung zum Meineide beschuldigt. Der Betrugsfälle hat sich der Angeklagte dadurch schuldig gemacht, daß er an Kunden schlechte Waare für gute, welche diese gekauft hatten, verabfolgte. Bei Heringen manipulirte derselbe in der Weise, daß er verfaulte Heringe in einer Tonne derartig packen ließ, daß dieselben in der Mitte der Tonne zu liegen kamen, während gute Heringe in der oberen und unteren Schicht der Tonne gepackt wurden. Die so derartig hergestellte mit verfaulten Heringen angefüllte Tonne wurde für gute Heringe verkauft. Beim Petroleum verfuhr der Angeklagte in der Art, daß er von Kunden gekauftes amerikanisches Petroleum nicht lieferte, sondern in vielen Fällen denselben das minderwerthe russische Petroleum verabfolgte. Beim Zucker machte er es nicht viel anders. In den ihm nachgewiesenen Fällen hatten hiesige Kaufleute Fraustädter Zucker gekauft und nicht diesen, sondern den nicht so guten Amseer Zucker erhalten. Schlechter verdorbener und mit Schimmel bedeckter Cichorien, wurden in neue Hüllen gepackt, welche sich Weinstein von den betreffenden Fabriken, von denen er seinen Cichorien nahm, kommen ließ. Die Leute welche den Cichorien in den neuen Hüllen gekauft hatten, waren natürlich sehr entrüstet, in den hübschen Packen mit den hübschen Etiquetts verdorbene Waare zu finden. Ferner benutzte der Angeklagte eine falsche Waage in seinem Ladengeschäfte, wobei viele Kunden, die auf dieser Waage ihre Waare zugewogen erhielten, geprellt wurden. Schließlich unternahm es der Angeklagte, auf zwei Zeugen einzuwirken, indem er sie zu einem für ihn günstiges Zeugniß umzustimmen suchte, vorredete, daß eine vor der Polizei abgegebene Aussage vor Gericht umgeändert werden könne. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 2 Jahren 4 Wochen Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte $2^1/_2$ Jahre und 500 Mark Geldstrafe beantragt. Als Vertheidiger fungirten die Rechtsanwälte Baerwald von hier und Dr. Friedmann aus Berlin. Der Angeklagte betrieb seit dem Jahre 1882 ein recht schwungvolles Material- und Kolonialwaaren-Geschäft verbunden mit Wein- und Cigarrengeschäft. Er hielt drei Kommis und vier Lehrlinge, ferner einen Hausdiener, einen Kutscher und Stadtreisende. Der jährliche Umsatz betrug 400 000 Mark.

Lokales.

Posen, den 11. März.

* Zur Verstaatlichung des Realgymnasiums. Gegen die Ueberleitung des Posener Realgymnasiums auf den Staat vom 1. April d. J. ab ist, wie man uns aus Berlin schreibt, in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses keinerlei Einwand erhoben worden, es läßt sich also mit Sicherheit erwarten, daß der betreffende Etatstitel auch im Plenum zur Annahme gelangen wird. Die zweite Berathung über den Kultusetat wird voraussichtlich nächsten Freitag beginnen.

d. **Landschaftliche Wahlen.** Zu Deputirten des engeren Ausschusses der Jahresgesellschaften wurden am vergangenen Sonnabend im Wahlkreise Obornik-Czarnikau-Filehne-Kolmar für das System I. (4proz. Pfandbriefe) Herr Mühlbradt-Godanin und für das System II. ($3^1/_2$proz. Pfandbriefe) Herr Schönberg-Lang-Goslin gewählt. Im Wahlkreise Schrimm-Schroda-Wreschen wurden für das System I. Herr v. Sczaniecki-Miedzychód und für das System II. Herr Thaddäus Braunck-Zielnik (Pole) gewählt. Im Landschaftskreise Lissa-Fraustadt-Schmiegel-Koschmin-Gostyn-Rawitsch erhielt für das System I. Herr von Modlibowski-Gerlachowo 23 Stimmen gegen Hrn. v. Bernuth, welcher 12 Stimmen erhielt, und für das System II. Herr von Skarzyński-Spławie 25 Stimmen gegen 13 Stimmen, welche der deutsche Kandidat Herr Lorenz erhielt. Im Landschaftsbezirk Bromberg-Inowrazlaw-Mogilno-Schubin-Wirsitz wurde für das System I. Herr Pefahl mit 25 Stimmen gegen Herrn v. Ponikowski-Chraplewo, welcher 23 Stimmen erhielt, gewählt: für das System II. entschied, da der deutsche Kandidat Detring und der polnische Kandidat v. Rożański je 13 Stimmen erhielten, das Loos zu Gunsten des Ersteren.

—u. **Der Ornithologische Verein** hat am vergangenen Freitag in seinem Vereinslokale, Lamberts Etablissement, seine diesjährige ordentliche Generalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende, Herr Kaufmann Rudolf Schulz, eröffnete die Sitzung um $8^1/_2$ Uhr und erstattete zunächst den Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Wir entnehmen demselben Folgendes: Die Thätigkeit des Vereins ist im verflossenen Jahre sowohl nach außen, als auch nach innen eine sehr rege gewesen. Im Ganzen wurden im abgelaufenen Jahre 17 ordentliche Sitzungen und eine Vorstandssitzung abgehalten. Vorträge beziehungsweise Vorlesungen sind im Ganzen 19 gehalten worden. Dem Vogelschutz hat der Verein auch im vergangenen Jahre seine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Gleich nach seiner Gründung errichtete der Verein vier Futterplätze, und auf seine Veranlassung haben sowohl die Königliche Kommandantur, als auch verschiedene Gartenbesitzer mehrere Futterplätze für Singvögel errichtet. Auch in diesem Winter sind im Ganzen elf Futterplätze mehr oder weniger in Funktion getreten. Im vergangenen Frühjahr hat der Verein auf künstlichem Wege seinen gefiederten Freunden in Wald und Flur einigen Ersatz für die geraubten Niststätten geboten, indem er 60 verschiedene Naturnistkästchen an passenden Orten anbringen ließ. Für weitere 30 Nistkästchen trug die Kommandantur die Kosten. Zum Selbstkostenpreise gab der Verein an Nichtmitglieder 50 Nistkästchen ab und ermöglichte somit jedem auf billige und mühelose

---

Da kam das 16. Jahrhundert und mit ihm das Ende der Schnäbel, mit ihm der totale Gegensatz derselben: die Bärentatzen, Ochsenmäuler oder Entenschnäbel. Die Spitzen waren abgeschafft, mit Stumpf und Stiel ausgerottet, und statt ihrer endete die neue Fußbekleidung in einem breiten, beinahe unförmlichen Vordertheil, der wulstartig aufgerollt war. Diese Bärentatzen hielten sich aber nur bei den niederen Ständen. Bei Vornehmen und Modehelden wurden bald die zerhackten Schuhe eingeführt, welche mit der damaligen geschlitzten Tracht übereinstimmten. Es waren nämlich gepuffte Wämser und Beinkleider aufgekommen, wo das Unterfutter durch die Schlitze des Oberzeuges herausbauschte. In der Art der übrigen Kleidung wurden nun auch die zerhackten Schuhe mit Schlitzen im Oberzeuge gearbeitet, aus dem das Unterfutter in Puffen hervorsah.

Lange wurde diese Mode zum großen Herzeleid der Gegner getragen und verschwand erst wieder im nächsten Jahrhundert, wo auch die Pluderhosen und Bauschärmel allmählich ein Ende nahmen. Stiefel und einfache Schuharten wurden jetzt gebräuchlich und zwar erstere — die unter dem Namen „Wallenstein" oder „Schwedische Stiefel" bekannt sind — eine besondere Tracht der Krieger und des Adels, während sich Bürger und Bauern schon seit langer Zeit der Schuhe bedienten. Dieser Bauernschuh spielte im Jahre 1502 eine große Rolle. Als damals der Bauernkrieg losbrach, wurde er zum Erkennungs- und Wahrzeichen gewählt. Einige der Haufen führten einen solchen sogenannten „Buntschuh" an einer Stange befestigt als Fahne mit sich, andere hatten ein Banner von blau und weißer Farbe, in dessen Mitte sich ein Kruzifix, auf der einen Seite ein „Buntschuh", auf der anderen ein knieender Bauer mit den Worten: „Nichts, denn die Gerechtigkeit Gottes" befand.

Die letzte absonderliche Mode war die der Stöckchen- oder Steckelschuhe, wie sie in Deutschland, oder der Patins, wie sie in Frankreich genannt wurden. Die so benannten Schuhe hatten hohe, spitz zulaufende Absätze von schwarzer oder bunter Farbe, waren sehr unbequem und eher zum Fallen als zum Laufen eingerichtet. Gustav III. von Schweden pflegte hohe rothe Absätze zu tragen und sich, wenn er lustig war, darauf herumzudrehen.

Ueber die hochsohligen Stiefel und Schuhe wird Folgendes erzählt: Die Männer einer kleinen griechischen Stadt waren schon seit längerer Zeit mißvergnügt über das Benehmen ihrer Frauen, welche stets auf den Gassen umherstreiften und mehr Gefallen am Klatschen als am Haushalten fanden. Ermahnungen, Drohungen, selbst ernste Rügen blieben fruchtlos; die Gattinnen und Töchter waren durch nichts zu bewegen, zu Haus zu bleiben. Da kam ein feiner Kopf auf einen gar schlauen Einfall. „Hört", rief er in einer öffentlichen Versammlung, bei der sich sämmtliche Männer auf einem Marktplatz vereinigt hatten, „hört meinen Vorschlag! Wir wollen unsere Frauen und Töchter bewegen, recht schwere, dicksohlige Sandalen zu tragen, auf daß sie gezwungen werden, das stete Umherlaufen zu lassen. Das Gewicht der Schuhe wird sie am Boden fesseln; es wird sie zwingen, ihrem Hause und ihren Kindern zu leben.

Man warf ihm freilich hierauf ein, daß es schwer sein würde, die Frauen zum Anlegen dieser „Hemmschuhe" zu bringen; er erwiderte aber: „Wenn wir ihnen vorreden, es geschehe nur, damit sie, die uns in geistiger Größe zwar überragten, an körperlicher Höhe jedoch nicht an die unsere hinanreichten, eine eben so stattliche Gestalt als wir Männer erhielten, wird es nicht schwer sein, die leichtgläubigen Frauen und Töchter in diese Falle zu locken!"

Mit allgemeinem Beifall wurde der Vorschlag nun angenommen und noch an demselben Tage zur Ausführung gebracht. Die Frauen zeigten sich allerdings, wie jener Redner richtig prophezeit hatte, durchaus nicht abgeneigt, hochsohlige Schuhe fortan zu tragen, um auf diese Weise die Größe der Männer zu erreichen, aber dennoch sollte ihre Schlauheit den Sieg davontragen. Sie ließen sich nämlich besagte Schuhe aus dem Holze der Korkeiche anfertigen, welches bekanntlich an Leichtigkeit seines Gleichen sucht — und konnten nun, trotz der dicken Sandalen, in den Gassen und auf den Plätzen nach wie vor umherstreifen. Ob und wie sich die Männer über diesen Fehlschlag getröstet haben, davon schweigt die Geschichte, wohl aber berichtet sie, daß jene hochsohligen Schuhe später von den tragischen Schauspielern in den Heldenrollen benutzt worden sind, um eine übernatürliche Größe zu erlangen, daß der „Kothurn" in Folge dessen zum Sinnbild der Tragödie wurde, daß man, weil er sowohl in Männer- als Frauenrollen gebraucht wurde, auch auf beide Füße paßte, die sprichwörtliche Redensart einführte: „veränderlicher, denn ein Kothurn sein", und daß man schließlich einen wetterwendischen Menschen, der sich bald dieser, bald jener Partei anschloß, kurzweg „Kothurn" nannte. Noch heut zu Tage sagen wir von einem Menschen, der ein hochtrabendes Wesen hat: „er geht auf hohem Kothurn einher."

In Europa ist jetzt nur noch der jütische Holzschuh eine Merkwürdigkeit. Die schwerfällige unschöne Beschuhungsweise der Bewohner gehört sogar zu den Eigenthümlichkeiten Jütlands. Schon in Angeln und Sundewitt tritt dieselbe auf, aber erst in Jütland findet sie allgemeine Verbreitung.

Wir dürfen schließlich nicht die Schuhe der Chinesen vergessen, insbesondere der Chinesinnen. Während die Männer in China, wo die Schuhe unter Tsin-schi-Hoangti (246 vor Christi) zuerst aufgekommen sein sollen, solche von einer dem normalen Fuß entsprechenden Größe, mit aufwärts gebogener Spitze, aus verschiedenen Stoffen und oft reich verziert, tragen, gelten bekanntlich unnatürlich kleine Füße als eine Hauptzierde der Frauen; schon den neugeborenen Mädchen werden die Fußzehen unter die Fußsohle, die Hacken tiefer in den Fuß gebogen und mit Bändern geschnürt, die sie auch fortan statt der Strümpfe tragen, um das Wachsthum des Fußes zu verhindern; darüber wird ein gestickter Schuh gezogen, auf dessen Absätzen sie schwankend einherhinken.

Weise, in seinem Garten oder in der Nähe seiner Wohnung den Vögeln sichere Brutstätten darzubieten. Auch in diesem Frühjahr können Interessenten Natur-Nistkästchen durch den Verein zum Selbstkostenpreise beziehen. Dem Vogelfang hat der Verein in Verbindung mit der Kommandantur durch Aussetzen von Geldprämien nach Möglichkeit zu steuern gesucht, und ist im vergangenen Winter die Prämie von 5 Mark für jeden ergriffenen Vogelfänger in sechs Fällen gezahlt worden. Zu jeder Prämie trug die Kommandantur 2 und der Verein 3 Mark bei. Ferner hat der Ornithologische Verein Weihnachten 1889 200 Thierschutz-Kalender gekauft und dieselben den hiesigen und den in der Nähe Posens befindlichen Knabenschulen zur Vertheilung an tüchtige Schüler übersandt. Er wurde hierbei von dem Gedanken geleitet, daß die Schule die berufsmäßige Erzieherin sei; ihr fällt der Hauptantheil an den Thierschutzbestrebungen zu. Im Mai vorigen Jahres trat der Verein mit dem Vorstande des Vereins „Zoologischer Garten" zwecks Ueberlassung der beiden seiner Zeit neu errichteten Volièren in nähere Verbindung, damit dieselben von dem Ornithologischen Verein mit exotischen Vögeln besetzt würden. Es wurden die vom Zoologischen Garten verlangten Mittel bewilligt und die beiden Volièren eingerichtet. Wenn auch greifbare Resultate damit noch nicht erzielt worden sind, so hat der Verein mit dieser Maßnahme doch viel Anklang bei den Besuchern des Zoologischen Gartens gefunden. Im Oktober v. J. wurde auf Wunsch der Kanarien-Züchter und Liebhaber für diese eine Kanarien-Sektion gebildet, welcher stets die zweite Monats-Sitzung gewidmet werden soll. Die Vereinsbibliothek ist im abgelaufenen Jahre auf im Ganzen 36 Werke angewachsen. Ein Theil derselben ist dem Verein von Mitgliedern und Freunden desselben überwiesen worden. Besonders hat Herr Chef-Redakteur Fontane, ein Freund und Gönner des Vereins, demselbem so manches schöne Werk geschenkt, so wie auch seit Bestehen des Vereins demselben regelmäßig die Zeitschrift „Gefiederte Welt" überwiesen. Das erste Stiftungsfest feierte der Verein am 18. Januar dieses Jahres in Lamberts Etablissement. Es verlief zu allseitiger Zufriedenheit. Die Verloosung von Kanarien und exotischen Vögeln im Gesammtbetrage von ungefähr 55 Mark brachte eine angenehme Abwechselung in das Vergnügen. Die Mitgliederzahl des Vereins ist im vergangenen Jahre bedeutend gestiegen. Während 16 Mitglieder austraten, sind im Ganzen 53 dem Verein neu beigetreten, so daß derselbe jetzt 79 Mitglieder zählt. Die Einnahmen beliefen sich im Ganzen auf 501,53 Mk., die Ausgaben auf 451,66 M.; es bleibt mithin ein Baarbestand von 49,87 Mk. Dazu kommt der Werth der im Zoologischen Garten untergebrachten Exoten im Betrage von 120 M., der Volieren mit 15 Mk. und ein Paar Fasanen im Werthe von 20 Mark, so daß das Vereinsvermögen exkl. der Bibliothek auf rund 215 Mark zu veranschlagen ist. — Der Verein muß auch ferner bestrebt bleiben, auf der geschaffenen Basis weiter zu arbeiten, und immer weitere Kreise für sich zu interessiren suchen. Eine Vergrößerung des Ornithologischen Vereins wird sich besonders durch die Heranziehung der Landwirthe herbeiführen lassen. Die Geflügel- und Taubenzucht ist, wenn sie rationell betrieben wird, sehr einträglich. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß unsere Provinz auf dem Gebiete der Geflügelzucht noch sehr weit zurück ist. Auch hier müssen die Hebel zu einer Besserung der Verhältnisse angelegt werden, umsomehr, da die Preise für das eigentliche Schlachtvieh immer höher steigen. Ueber die Jahresrechnung wurde Seitens der Revisoren die Decharge beantragt und daraufhin von der Versammlung ertheilt. Hieran schloß sich der Bericht des Bibliothekars Herrn Gronwald. Die Versammlung schritt nunmehr zur Wahl des Gesammtvorstandes. Es wurden wieder- resp. neugewählt die Herren: Kaufmann und Generalagent Rudolf Schulz zum ersten Vorsitzenden, zu seinen Stellvertretern Rechnungsrath Wollburg und Kunstgärtner Jortzig, zum Schatzmeister v. Lühmann, zum ersten Schriftführer Regierungs-Baumeister Knaut, zum zweiten Schriftführer und Materialienverwalter Lehrer Gronwald und zu Beisitzern Stuckateur Racziborski und Lehrer Raabe. Zu ständigen Kassen-Revisoren für das Geschäftsjahr 1890/91 wurden die Herren Sekretär Wurm und Hausbesitzer Beck gewählt. Die Versammlung trat darauf in die Berathung über die Festsetzung von vierteljährlich stattfindenden Verloosungen von Geflügel- und Vogelarten. Es wurde beschlossen, solche Verloosungen unter den Mitgliedern zu veranstalten, jedoch nur auf Beschluß des Vorstandes, welcher dabei die Kassenverhältnisse zu berücksichtigen hat. Der letzte Punkt: Beschlußfassung über eine in diesem Jahre abzuhaltende allgemeine Ornithologische Ausstellung mußte der vorgerückten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt werden. Mit der Berathung über diesen Punkt soll sich eine demnächst einzuberufende außerordentliche General-Versammlung befassen. Der Vorsitzende theilte schließlich mit, daß mehrere Vorträge angemeldet worden sind. Nach stattgefundener Aufnahme eines Mitgliedes schloß der Vorsitzende die Sitzung nach 12 Uhr.

* **Fuhrunfall.** Gestern Nachmittag brachen in der Schützenstraße an einem Kohlenwagen beide Hinterräder. Es mußte eine Umladung erfolgen; doch wurde dadurch eine Verkehrsstörung nicht hervorgerufen.

* **Eine Prügelei** hat gestern Vormittag zwischen mehreren Arbeitern in einer Schänke in der Grünenstraße stattgefunden und konnte erst durch einen herzugerufenen Schutzmann beigelegt werden.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: ein Bettler. — Asservirt: ein muthmaßlich gestohlener Sack mit Salz.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

z **Ostrowo,** 11. März. [Landwehrverein.] Der Landwehrverein veranstaltete in der gestern im Schützenhaussaale stattgehabten Versammlung zunächst eine würdige Gedächtnißfeier anläßlich des Sterbetages des hochseligen Kaisers Wilhelm I. Sodann hielt Postsekretär Schirmer einen interessanten Vortrag über „General Feldmarschall Graf Wrangel."

Landwirthschaftliches.

d. **Die ordentliche Generalversammlung des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins** hat gestern begonnen. Der landwirthschaftliche Verein zu Krakau und der Thorner Hauptverein sind durch je zwei Delegirte vertreten. Früh um 9 Uhr fand in der Pfarrkirche auf die Intention des Zentralvereins ein Meßgottesdienst statt, worauf die Verhandlungen um 10 Uhr Vorm. im Bazarsaale ihren Anfang nahmen. Der Vereinsvorsitzende, Rittergutsbesitzer Dr. Szuldrzynski-Lubasch, eröffnete die Versammlung, indem er die Anwesenden begrüßte und einen Rückblick auf die gegenwärtige Lage der Landwirthe in der Provinz Posen warf. Mit der Leitung der Versammlung wurde Rittergutsbesitzer von Zoltowski-Godorowo betraut. — Die Rittergutsbesitzer Dr. Szuldrzynski-Lubasch, Graf Mieczislaus Kwilecki-Oporowo und Stanislaus v. Kurnatowski gehören dem Vorstande des seit 29 Jahren bestehenden Zentralvereins nunmehr bereits 25 Jahre als Mitglieder an. Anläßlich dieses Umstandes haben die Zweigvereine jedem dieser drei Vorstandsmitglieder eine Adresse gewidmet, welche denselben in prächtiger Ausstattung nach vorangegangener Verlesung durch den Grafen Eduard Poninski überreicht wurde. Dr. Roman v. Komierowski erstattete alsdann Bericht über die Thätigkeit des Zentralvereins und Rittergutsbesitzer von Jackowski als Patron der Bauernvereine berichtete über die Thätigkeit der Letzteren. Im Anschluß an die Berichterstattung über die landwirthschaftliche Versuchsstation zu Zabikowo beschloß die Versammlung, die Kosten der Ueberführung dieser Station nach der Stadt Posen auf die einzelnen Zweigvereine zu vertheilen. Die letzte Jahreseinnahme des Zentralvereins betrug 13 169,67 M., die Ausgabe dagegen 10 891,18 Mark, so daß in das gegenwärtige Vereinsjahr ein Bestand von 2278,49 Mark übernommen werden konnte.

Vermischtes.

† **Mord durch einen Wahnsinnigen.** Abermals hat sich in Berlin eine Blutthat ereignet, die um so schauervoller ist, als sie — wie bereits feststeht — von einem Wahnsinnigen verübt worden ist. Die Frau des ehemaligen Predigers Rode aus Charlottenburg wurde am Sonnabend Morgen in ihrer Wohnung in der Oppelnerstraße todt gefunden. Der auf das Betreiben von Nachbarn schnell hinzugezogene Arzt hielt es für seine Pflicht, die Polizei zu benachrichtigen, daß er die Todesursache nicht anzugeben vermöge. Eine ganze Anzahl Erscheinungen, wie der kolossal aufgetriebene Leib, Schaum vor dem Munde und dunkle Flecken an verschiedenen Stellen des Körpers, ließen die Möglichkeit einer Vergiftung zu, während andererseits nicht ausgeschlossen ist, daß der Tod durch unsagbare Mißhandlungen, durch welche edle Theile verletzt wurden, herbeigeführt wurde. Als Thäter ist der Gatte der Verstorbenen, Prediger Rode, verhaftet worden. Aber eine kurze Unterhaltung, die der Chef der Kriminalpolizei, Graf Pückler, mit ihm hatte, bestätigte eine schon früher gehegte Vermuthung, daß man es mit einem Wahnsinnigen zu thun habe und so befindet sich denn Rode jetzt in der Gefangenen-Abtheilung der Charité. Rode hat sich schon früher in einer Irrenanstalt befunden. Als er als geheilt entlassen wurde — wie sich jetzt herausstellt, ohne es zu sein — kehrte er zu seiner Frau zurück. Es scheint, daß sein Irsinn ihn zu wilden Sprüngen in der Behandlung seiner Frau gegenüber führte, daß er sie bald haßte, die Trennung von ihr verlangte und wenn sie aus Liebe zu ihren Kindern darauf nicht einging, sie geradezu folterte, nicht mit Worten allein, sondern buchstäblich mit Thaten folterte und daß dann wieder seine krankhaft erregte Phantasie sich in eine Zuneigung verlor, die geradezu bestialischen Ursprungs war. Die Einzelheiten dieses grauenhaften Lebens der Frau entziehen sich der Erwähnung. Die Grausamkeiten finden ihre Erklärung eben nur darin, daß sie von einem Irrsinnigen ausgingen.

Handel und Verkehr.

** **Leipzig,** 10. März. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per März 4,97½ M., per April 5,00, per Mai 5,00, per Juni 5,00, per Juli 5,00, per August 4,97½, per September 4,97½, per Oktober 4,97½, per November 4,97½, per Dezember 4,97½. — Umsatz 90 000 Kilogramm. Behauptet.

** **Mailand,** 9. März. Die Meldung der „Financial News" von der angeblichen Zahlungseinstellung der hiesigen Banca popolare ist vollkommen unbegründet. Die genannte Bank gehört zu den kräftigsten Bankinstituten Italiens.

Telegraphische Nachrichten.

Bonn, 11. März. Der Orientalist Professor Gildemeister ist gestorben.

London, 11. März. Das Unterhaus hat mit 339 gegen 268 Stimmen Gladstones Amendement, betreffend den Bericht der Parnellkommission verworfen und hierauf die Debatte über Smiths Antrag vertagt.

Triest, 10. März. Der Lloyddampfer „Daphne" ist, von Konstantinopel kommend, gestern Abend hier eingetroffen.

Barmen, 11. März. Eine zahlreich besuchte Versammlung der strikenden Gesellen hat folgende Resolution angenommen: Die heute am 9. März in der Schützenhalle tagende Versammlung der Riemendreher erklärt sich mit dem zehnstündigen Normalarbeitstage und dem Minimallohn von 18 Mark einverstanden und verspricht diese Forderungen mit allen gesetzlichen Mitteln durchzuführen. Der Riemendreher-Fachverein hat beschlossen im Nothfalle das dem Verein gehörige Vermögen zu Gunsten der Strikenden zu verwenden. Gestern haben sich die Gesellen dreier großen Firmen ebenfalls der Bewegung angeschlossen.

Paris, 11. März. Nach dem „Echo de Paris" haben die Artillerie- resp. Kavallerie-Kommissionen den kleinkalibrigen Repetirkarabiner angenommen, welcher für die sämmtlichen berittenen Truppen geeignet ist. Die Herstellung der Karabiner beginnt Anfangs Mai in der Waffenfabrik von Saint Etienne.

Belgrad, 11. März. Die Skupschtina hat in ihrer gestrigen Abendsitzung aus der Kandidatenliste der Regentschaft für den Staatsrath acht Mitglieder gewählt, darunter drei Radikale, nämlich den Ministerpräsidenten Gruitsch, den Finanzminister Wuitsch und den Gouverneur des Königs Dokitsch; vier Liberale und einen Neutralen. Hierauf ernannte die Skupschtina sechzehn der Regentschaft vorzuschlagende Kandidaten, 15 Radikale, darunter sämmtliche Minister ausgenommen Tauschonowitsch und den Kriegsminister, und einen Liberalen, den ehemaligen Minister Avakumowitsch.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1890.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
10. Nachm. 2	764,5	NW stark	zieml. heiter	+ 3,7
10. Abends 9	765,6	SW schwach	halbheiter	— 0,2
11. Morgs. 7	763,2	SW mäßig	trübe	+ 1,1

Am 10. März Wärme-Maximum + 5,0° Cels.
Am 10. " Wärme-Minimum — 0,8° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. März Mittags 1,26 Meter.
" " 11. " Morgens 1,42 "
" " 11. " Mittags 1,46 "

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 10. März Abends: 15,8 Normalkerzen.

Börse zu Posen.

Posen, 11. März. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) 52,60, (70er) 33,—. (Loko ohne Faß) (50er) 52,60, (70er) 33,—. August (50er) 54,20, (70er) 34,60.

Posen, 11. März. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. (Loko ohne Faß) (50er) 52,70, (70er) 33,10. August (50er) 54,30, (70er) 34,70.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 11. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Weizen still			**Spiritus** höher		
pr. April-Mai	196 25	196 75	70er loko o. Faß	34 50	34 20
" Juni-Juli	195 —	195 —	70er April-Mai	34 40	33 90
Roggen flauer			70er Juni-Juli	35 —	34 60
" April-Mai	170 75	171 25	70er Aug.-Septbr.	35 80	35 40
" Juni-Juli	167 50	168 —	50er loko o. Faß	54 20	53 70
Rüböl flau					
pr. April-Mai	66 50	67 80			
" Septbr.-Oktobr.	56 90	58 —			
Hafer					
pr. April-Mai	163 50	164 —			

Kündigung in **Roggen** — Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)

			Not. v. 10.
do.	70er loko	34 50	34 20
do.	70er April-Mai .	34 40	34 10
do.	70er Juni-Juli .	34 90	34 70
do.	70er Juli-August .	35 40	35 —
do.	70er Aug.-Septbr.	35 70	35 30
do.	50er loko	54 50	53 70

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Konsolidirte 4% Anl.	106 40	106 40	Poln. 5% Pfandbr.	66 50	66 30
" 3½% "	102 30	102 40	Poln. Liquid.-Pfdbr	61 10	61 —
Pos. 4% Pfandbriefe	102 —	102 —	Ungar. 4% Goldrente	87 60	87 50
Pos. 3½% Pfandbr.	99 60	99 60	Ungar. 5% Papierr.	84 60	84 30
Pos. Rentenbriefe	103 80	103 90	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	172 75	172 75
Oestr. Banknoten	171 45	171 40	Oest. fr. Staatsb. ultimo	93 25	95 50
Oestr. Silberrente	75 50	75 25	Lombarden ultimo	55 90	56 10
Russ. Banknoten	222 10	222 50	**Fondstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr	99 —	98 90	schwach		
Ostpr. Südb. E. S. A	87 40	87 10	Schwarzkopf	242 50	240 —
Mainz Ludwighfdto	122 60	122 50	Königs- u. Laurah.	157 90	157 —
Marienb. Mlaw dto	58 10	58 25	Dortm. St. Pr. La. A.	104 10	102 25
Italienische Rente	92 75	92 50	Inowrazl. Steinsalz	50 —	49 25
Russ 4% kons Anl 1880	94 50	94 50	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	69 25	69 10	Dux-Bodenb. Eisb A	215 75	215 75
dto. Präm.-Anl 1866	156 50	157 90	Elbethalbahn " "	99 —	98 40
Rum. 6% Anl. 1880	104 10	104 —	Galizier " "	83 80	84 —
Türk. 1% kons. Anl.	17 90	17 80	Schweizer Ctr. " "	150 40	150 25
Pos. Provinz. B. A.	113 50	— —	Berl. Handelsgesell.	179 —	178 —
Landwrthschft. B. A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	171 50	170 25
Pos. Spritfabr. B. A	88 —	— —	Diskonto Kommand.	236 —	236 60
Gruson Werke	170 —	170 10	Russ. B. f. ausw. H.	74 50	75 —

Nachbörse: Staatsbahn 93 25, Kredit 172 75, Diskonto-Kom. 236 —

Stettin, 11. März. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Weizen unverändert			**Spiritus** fest		
April-Mai	189 —	189 50	per loko 50 M. Abg.	53 50	53 —
Juni-Juli	191 —	191 —	" " 70 " "	34 —	33 50
			" April-Mai 70 M.	37 —	33 90
Roggen matt			" Aug.-Septbr. "	35 —	34 90
April-Mai	166 —	166 50			
Juni-Juli	165 50	166 —	**Petroleum***)		
			do. per loko	11 90	12 —
Rüböl unverändert					
März	68 —	68 —	**Hafer**		
April-Mai	67 —	67 —	do. per loko		

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1½ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 10. März, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Mullaghmor.	756	SW 6	Regen	9
Aberdeen .	752	SSO 2	halb bedeckt	5
Christiansund	753	NW 7	Schnee	— 3
Kopenhagen	762	WSW 2	heiter	— 1
Stockholm.	751	W 6	Schnee	— 4
Haparanda	742	NW 2	halb bedeckt	— 9
Petersburg	756	S 4	bedeckt	4
Moskau .	774	SO 1	bedeckt	— 7
Cork Queenst	766	W 4	wolkig	11
Cherbourg	770	SSW 4	bedeckt	7
Helder . .	766	SW 4	bedeckt	3
Sylt. . .	763	WSW 3	halb bedeckt	0
Hamburg .	768	WSW 3	wolkenlos [1]	— 1
Swinemünde	768	WSW 5	wolkenlos	— 1
Neufahrwass.	764	WNW 4	halb bedeckt	1
Memel . .	761	WSW 6	halb bedeckt	0
Paris . .	773	still	wolkenlos	— 3
Münster .	769	SW 3	halb bedeckt	— 2
Karlsruhe.	772	NO 2	heiter [2]	— 1
Wiesbaden	772	N 2	wolkenlos	— 1
München .	771	NW 3	bedeckt [3]	— 2
Chemnitz .	772	WSW 2	halb bedeckt	— 2
Berlin . .	769	WNW 3	heiter [4]	1
Wien . .	769	NW 2	bedeckt	0
Breslau .	769	NW 2	bedeckt	0
Ile d'Aix .	775	NO 4	wolkenlos	3
Nizza . .	760	SO 3	wolkig	7
Triest . .	—			

[1]) Nachts leichte Schneeböen. [2]) Reif. [3]) Nachts Schnee. [4]) Reif.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das Minimum, welches gestern über dem Skagerak lag, ist nordostwärts nach Lappland fortgeschritten, ein neues Minimum ist nordwestlich von Schottland erschienen, während der Luftdruck über Frankreich und Süddeutschland am höchsten ist. Bei an der Küste frischen südwestlichen, im Binnenlande leichten variablen Winden, ist das Wetter in Deutschland kälter und vorwiegend heiter; allenthalben fanden Nachtfröste statt. Im südlichen Deutschland haben überall, in den übrigen deutschen Gebietstheilen stellenweise Niederschläge stattgefunden.

Deutsche Seewarte.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.